



KLASSENHERRSCHAFT, RECHTSRUCK UND ANTIFASCHISTISCHE BEWEGUNG

Ein Diskussionsbeitrag zur "Krise der Antifa"

INHALT

1. EINLEITUNG	04
2. KLASSENGESELLSCHAFT - GET RICH OR DIE TRYING	06
3. KAPITALISTISCHE HERRSCHAFT ZWISCHEN DEMOKRATIE UND FASCHISMUS	11
4. AKTUELLE ENTWICKLUNGEN DER DEUTSCHEN POLITIK	16
5. UNSERE PERSPEKTIVE: ANTIFA AUFBAUEN!	24

Bei Kritik oder Anregungen schreibt uns, oder sucht das Gespräch. Unsere Email-Adresse ist auf der Website (KommunistischeLinke.noblogs.org) zu finden. Wir sind immer gerne bereit unsere Positionen zu diskutieren, zu überprüfen und ggf. zu ändern.

Lest auch unseren Diskussionsbeitrag "Patriarchale Unterdrückung im Kapitalismus und feministische Perspektiven".

1. Auflage - 15. April 2019

Eigentumsvorbehalt:

Dieser Text bleibt solange Eigentum des Absenders, bis er dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. "Zur Habe Nahme" gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Texts nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe von Gründen an den Absender zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.



Wir wollen hiermit unsere Standpunkt zum Thema Antifaschismus beginnen. Was? Schon wieder Antifaschismus? Schon wieder „In Zeiten des Rechtsrucks helfen Sitzblockaden alleine nicht weiter“? Ja schon wieder. Trotz jahrelanger „Krise der Antifa“ und „Antifa-Debatte“ in allen möglichen Diskussionsrunden, in der Analyse & Kritik, der Jungen Welt und dem Neuen Deutschland ist unser Problem noch nicht gelöst. Das hat viele Gründe. Meistens liegt es daran, dass immer nur der naheliegendste Feind analysiert wird, nach dem Motto „Was tun gegen die AFD“. Die AFD ist zwar einer der dankbarsten Gegner für uns, wenn wir aber bei ihr stehenbleiben, unterscheiden wir uns kaum von x-beliebigen bürgerlichen Bündnissen. Manchmal liegt es daran, dass kein gründlicher Bezug zum kapitalistischen System hergestellt wird. Dann wird Antifa zur Feuerwehrpolitik gegen einzelne Nazis. Manchmal wird alles neben der sozialen Frage vergessen und schon ist Anti-Gentrifizierung eigentlich genug Antifa.

Und manchmal bleibt die Antwort bei Dimitroff stehen: "Vorwärts zur Einheitsfront gegen die brutalste Diktatur der reaktionärsten Teile der Bourgeoisie." Leider weder schön gesagt, noch aktuell für die Praxis besonders hilfreich. Die Fragen die wir beantworten wollen sind: Was genau passiert gerade aus welchen Gründen in Deutschland? Wie konnte es zum Rechtsruck überhaupt kommen? Und wie müssen wir uns organisieren um dagegen vorzugehen? Um das zu klären müssen wir aber weiter vorne anfangen.

Klassengesellschaft - Get rich or die trying

Die Gesellschaft in der wir heute leben – das ist die Gesellschaft des Kapitalismus. Das bedeutet auf den ersten Blick, wenn wir in der FAZ nachlesen: Wie gut oder wie schlecht wir leben, hängt ein bisschen davon ab, wo wir geboren wurden, ein bisschen davon, ob unsere Eltern Akademiker waren, aber vor allem davon wie ehrgeizig wir sind. Wenn wir gut ausgebildet sind, dann können wir unsere Fähigkeiten gewinnbringend auf dem „freien Markt“ einsetzen. Vom Tellerwäscher zum Millionär geht! Was nicht gesagt wird: Das Bill-Gates-Phänomen kommt zwar vor, aber gefühlt so häufig wie ein Sechser im Lotto mit Superzahl, während man gleichzeitig vom Blitz getroffen wird.

Trotz aller angeblichen Aufstiegschancen haben manche Leute viel mehr Geld als ein Lottogewinner, ein Kioskbesitzer und ein Abteilungsleiter zusammen. Leute, die tatsächlich machen können was sie wollen! Die entscheiden können, ob sie lieber ihr Leben in der Südsee in einer Villa verbringen oder doch ein riesiges Unternehmen leiten. Gleichzeitig sind da „sogar“ in Deutschland die Menschen, die zwei Jobs in Leiharbeit haben und für den Mindestlohn 12 Stunden am Tag malochen müssen. Trotzdem bleibt am Ende des Monats nichts übrig. Mit der Aussicht, dass sich diese Verhältnisse auf Generationen nie ändern werden. Liegt das daran, dass LeiharbeiterInnen fauler sind als ein Firmenerbe? Offensichtlich nicht. Es liegt daran, dass der Kapitalismus eine Klassengesellschaft ist.

Für den Begriff der Klassen ist nicht unbedingt entscheidend wie viel Geld jemand hat. Es kommt darauf an, wer über die Fabriken, die Maschinen, die Kraftwerke, die Supermärkte, zusammengefasst die „Produktionsmittel“ bestimmen kann. Wir, die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten, leben davon, dass wir (oder unsere Eltern) Tag für Tag unsere Arbeitskraft verkaufen. Die Kapitalisten leben davon, dass wir gezwungen sind in ihren Firmen zu arbeiten. Wir bauen Autos, liefern Pakete aus, pflegen Kranke, schneiden Haare, und die Kapitalisten verkaufen unsere Leistung.

Sie sagen: Ich stelle die Fabrik, das Verteilzentrum, das Krankenhaus, den Friseursalon zur Verfügung also gehören mir eure Produkte, denn ich trage das Risiko! Damit machen sie Umsatz von dem unsere Löhne als Personalkosten abgezogen werden und am Ende haben wir die Arbeit gemacht, während die Kapitalisten den Gewinn einstecken. Aber immerhin ihr geerbtes Geld investiert haben. Das ist, ganz grob dargestellt, die Ausbeutung im Kapitalismus.

Daraus entsteht ein unlösbarer Klassenwiderspruch: Ausbeuter und Ausgebeutete stehen sich mit gegensätzlichen Interessen gegenüber. Die ArbeiterInnen und Angestellten wollen Lohn, der ihrer Leistung entspricht, faire Arbeitsbedingungen, kurz: ihre Interessen durchsetzen. Die Kapitalisten tun alles um ihren Profit zu maximieren. Hinter diesen trockenen Worten verbirgt sich eine krasse Realität. Der Amazon-Chef Jeff Bezos verdient ca. 100 Millionen Dollar am Tag, während jeder zehnte Amazon-Arbeiter in den USA Lebensmittelmarken stempeln muss. Die acht reichsten Menschen besitzen ein Vermögen, das so groß ist wie das der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Acht Menschen besitzen also soviel wie 3,75 Milliarden Menschen. Dieser Klassenwiderspruch existiert trotz der vermeintlichen sozialen Ruhe in Deutschland, er zeigt sich in Streikämpfen, in Demonstrationen gegen

Freihandelsabkommen, gegen Krieg und für bessere Ausbildungsbedingungen oder bezahlbaren Wohnraum.

Natürlich wissen wir, dass die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten in Deutschland momentan nicht bereit dazu ist den politischen Kampf gegen den Kapitalismus als System aufzunehmen. Das aber mit Ansätzen wie „Dummheit der Masse“ zu begründen oder zu dem zum Schluss zu kommen, dass allein die alternativen Jugendlichen und Subkulturen Revolution machen können, ist nicht nur falsch, sondern schädlich. Auch hier müssen die Gründe in der Wirtschaft und der Klassengesellschaft gesucht werden. Die Frage, wie die Klasse an sich ein antikapitalistisches Bewusstsein entwickelt und in die Praxis umsetzt, ist offensichtlich ungelöst. Deshalb gehen wir nur auf drei deutliche Probleme ein:

1. Deutschland ist ein Land, dass besonders auf dem Rücken der Ausgebeuteten in unterdrückten Ländern Profite erwirtschaftet. Das vielleicht prominenteste Beispiel dafür ist Bangladesch, aber auch Griechenland, Chile und der Kongo. Ein Teil dieser Profite wird verwendet um hier, in der deutschen Ausplünderungszentrale, eine relativ ruhige soziale Lage zu erkaufen. Flach ausgedrückt heißt das: Der Deutschen Bank ist egal, wenn in Athen die Filialen brennen, der Frankfurter Glaspalast ist entscheidend!
2. Klassen werden vor allem über ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln ökonomisch definiert, die jeweiligen Mitglieder haben somit auch ähnliche Lebensbedingungen. Trotzdem ist der Unterschied zwischen 5000€ und 800€ Brutto gigantisch. Es gibt also unterschiedliche Schichten innerhalb der Klassen, die erst mal wenig miteinander zu tun haben. Aber nur zur Erinnerung: Ein Kapitalist, wie der ehemalige VW-Vorstand Winterkorn, bekommt nach seiner Entlassung noch ein „Ruhegehalt“ von

3100€ - pro Tag!

3. Unsere Klasse ist unter anderem durch ihre unterschiedlichen Schichten auch kulturell zersplittert. Allerdings auch in migrantische ArbeiterInnen unterschiedlichster Generation, deutsche ArbeiterInnen, lohnabhängige Abteilungsleiter, Jugendliche und RentnerInnen usw. Es gibt noch Arbeiterviertel, aber eine eigenständige „Milieukultur“ ist zerfallen oder entpolitisiert.

Aber unabhängig davon, ob sie politisch und kulturell geeint ist oder nicht, ob sie sich schon im politischen Widerspruch zum Kapitalismus befindet oder nicht: Die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten existiert. Sie ist die Klasse die im Kapitalismus ökonomisch ausgebeutet und politisch unterdrückt wird, egal ob in Deutschland oder in Pakistan. Sie ist die Klasse die sich in einem unlösbaren Widerspruch zum Kapitalismus befindet. Ganz unabhängig davon, ob diese Frage im Kopf eines jeden Menschen gelöst ist, der Klassenwiderspruch macht es uns möglich den Kapitalismus zu überwinden.

WENIGE REICHE MENSCHEN BESITZEN SO VIEL VERMÖGEN WIE DIE GESAMTE ÄRMERE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG



Klassenherrschaft

Gerade wegen dem Klassenwiderspruch muss sich die kapitalistische Klasse organisieren um das Ausbeutungssystem Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Obwohl alle Kapitalisten in Konkurrenz zueinander stehen, überschneiden sich ihre jeweiligen Interessen genau in dieser Frage. „Geld regiert die Welt“ wird hier ganz konkret: Die Klasse mit der ökonomischen Macht hat auch die politische Kontrolle über die Gesellschaft. Der bürgerliche Staat ist dafür ihr wichtigster Hebel.

Der bürgerliche Staat verwaltet unsere Steuergelder nicht zum Wohle Aller. Schulen werden nicht gebaut, weil Bildung so toll ist, sondern damit es qualifizierte Arbeitskräfte gibt, Autobahnen und Flughäfen werden nicht bezahlt, damit wir in den Urlaub fahren können, sondern um die Logistik der Konzerne abzuwickeln. Die Polizei ermittelt auch bei Einbrüchen, aber richtig Aktivität entfaltet sie um Staatschefs beim Bonzentreffen in der Elbphilharmonie zu schützen. Der Kern des Staates sind das

Militär, die Polizei, Geheimdienste, Gerichte, die Staatssekretäre und Ministerien, das alles entzieht sich der gesellschaftlichen Kontrolle. Der Staat gibt der herrschenden Klasse die Möglichkeit allen oppositionellen Strömungen in der Gesellschaft organisiert entgegenzutreten, um die aktuelle Ordnung zu erhalten.

Je stärker und brutaler die Bekämpfung der Opposition ausfällt, umso klarer zeigt sich der Interessenskonflikt zwischen der kapitalistischen Klasse und ihrem Staat zum Rest der Gesellschaft und speziell der Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten. Die Klassenherrschaft wird aber nicht nur durch die Polizei, nicht nur durch Repression aufrecht erhalten, sondern auch durch ideologischen Hegemonie über die Gesellschaft. Ideologische Hegemonie bedeutet, dass die kapitalistische Klasse versucht die Gesellschaft hinter sich zu vereinen. Konkret bedeutet das z.B.: was in der Zeitung steht, ist nicht objektiv.

Warum sollte der Springer Verlag antikapitalistische Inhalte verbreiten? Die Besitzer sind selber Kapitalisten. Warum sollte die Bundeszentrale für politische Bildung objektiv über den Ukraine-Konflikt berichten, wenn sie doch Teil des deutschen Staates ist? Gerade der Anschein der Objektivität, der durch die Berichterstattung über besonders schlimme Auswüchse des Kapitalismus erreicht wird, verschleiert die Klassenherrschaft. Es ist schön, wenn die Presse über die Panama-Papers berichtet, bringt aber wenig, wenn sie den Skandal nicht mit dem Kapitalismus als System verbindet. Repression und ideologische Hegemonie hängen zusammen. Je nachdem wie die konkrete Situation aussieht werden sie jeweils verändert, und das Verhältnis zueinander ändert sich auch. In Deutschland haben wir seit mindestens 100 Jahren ununterbrochene kapitalistische Klassenherrschaft, aber niemand kann auf die Idee kommen die jetzige Situation mit dem Hitlerfaschismus gleichzusetzen.

Die kapitalistische Klassenherrschaft in Deutschland bewegt sich zwischen zwei Extremen: Der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus. Beide Systeme stehen auf dem Boden des Kapitalismus, haben aber natürlich gravierende Unterschiede.

Kapitalistische Herrschaft zwischen Demokratie und Faschismus

Demokratie, Faschismus, Militärdiktatur, autokratisches Regime – die bürgerliche Presse kennt viele Kategorien, in die Regierungsformen eingeteilt werden können. Natürlich wird dabei immer im Interesse des deutschen Kapitalismus argumentiert. Venezuela ist eine blutrünstige Diktatur, die die Bevölkerung verhungern lässt, während die Ukraine zumindest in der Anfangszeit nach den Maidan-Aufständen angeblich auf dem Weg zu einer „westlichen Demokratie“ war. Für uns ist aber etwas anderes entscheidend: Alle diese Regierungsformen stehen auf dem Boden des Kapitalismus. Sie werden eingesetzt um unterschiedliche Probleme zu lösen, um die Klassenherrschaft des Kapitals in unterschiedlichen Situationen aufrechtzuerhalten bzw. möglichst zweckmäßig zu gestalten. Wir setzen uns in diesem Artikel mit der bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus auseinander, weil sie die Formen sind zwischen denen sich die kapitalistische Klassenherrschaft in Deutschland bewegt.

Bürgerliche Demokratie

Die kapitalistische Klassenherrschaft in Deutschland hat seit mehr als 70 Jahren die Form der bürgerlichen Demokratie. Das bedeutet, dass hauptsächlich versucht wird die Klassengegensätze zu überdecken und die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten durch die ideologische Hegemonie ruhig zu stellen, um das kapitalistische System zu erhalten.

Die ideologische Hegemonie findet auf unterschiedlichen Ebenen statt. Um zu funktionieren, muss es auch eine Grundlage für sie geben: Um den Kapitalismus im allgemeinen zu akzeptieren, muss zumindest ein Teil unserer Klasse ein akzeptables Leben führen können. Sie werden in das kapitalistische System ökonomisch „integriert“ Gleichzeitig braucht es eine ideologische Beeinflussung. Wir bringen dafür ein paar Beispiele.

- Es gibt ein direkte ökonomische Bevorzugung mancher Teile der lohnabhängigen Klasse und eine allgemein bessere Stellung im internationalen Vergleich. Einige Beispiele dafür sind der Mindestlohn, Tariflöhne, Zeiterfassung auf Vertrauensbasis, aber auch Arbeitslosengeld und Hartz 4.
- Es gibt tatsächliche Aufstiegschancen innerhalb unserer Klasse. Wer die entsprechenden Fähigkeiten und Ausgangsvoraussetzungen mitbringt, kann sogar als Teil unserer Klasse bis in die Verwaltungsetagen der Konzerne vorstoßen.
- Die Arbeiterbewegung wird durch Bestechung ihrer Führer desorganisiert. Dazu gehören die warmen Sessel im Parlament für Parteien wie „die Linke“, die Einbindung der Gewerkschaften in die SPD, aber auch Sextourismus für Betriebsräte.
- „Spontane“ Widersprüche zur Ausbeutung oder einzelnen Symptomen des Kapitalismus werden in nicht systemgefährdende und institutionalisierte Bahnen geführt, oft schon bevor sie die Systemfrage stellen. Die Umweltbewegung der 80er brachte uns nicht den Sturz des Kapitalismus, sondern Mülltrennung und EEG-Umlage. Gewerkschaften die Arbeitskämpfe auf dem Boden der „Sozialpartnerschaft“ abwürgen, der Reformismus weiter Teile der Linkspartei, der lange Marsch durch die Institutionen der Grünen,

die scheinbare Möglichkeit durch Wahlen etwas am Kapitalismus zu ändern sind nur einige Ausdrücke davon.

- Der Kapitalismus wird als alternativlos dargestellt. Es gibt eine ganze Reihe von Ideologien und Lösungsansätze, die aber alle auf dem Boden des Kapitalismus bleiben. Sie widersprechen sich teilweise, ergänzen sich an anderer Stelle und täuschen Wahlmöglichkeiten vor. Die Diskussionen um Bitcoins und bedingungsloses Grundeinkommen zeigen das genauso deutlich, wie die drei Parteien des „linken Parteienspektrums“. Viele entscheidenden Grundlagen der ideologischen Hegemonie werden uns schon in der Schule und ggf. der Uni beigebracht. Die Idee der Medien als angeblich unabhängige „vierte Gewalt“ ist ein Beispiel dafür.
- Die vorherrschende Idee von einem guten Leben ist vor allem von Individualismus geprägt. Dafür spielt es keine Rolle ob das Ziel „vom Tellerwäsche zum Millionär“ ist, oder ob es dem Einzelnen darum geht eine möglichst entspannte persönliche Nische zu finden. Auch politische AktivistInnen finden nach ihrem Studium und ihrer Karriere in der Szene immer wieder einen Posten bei NGO's, den sie vor sich selbst rechtfertigen können.

Das alles wird teilweise bewusst gemacht und propagiert, teilweise ist es auch schon zur Eigendynamik geworden und passiert ganz automatisch. Natürlich arbeiten Fachkräfte einfach effizienter, wenn sie besser bezahlt werden. Und natürlich zahlen die Kapitalisten der großen Monopolkonzerne auch bewusst höhere Löhne, um den Betriebsfrieden zu wahren. Dasselbe gilt für die Medienkonzerne. Selbstverständlich erreicht man mit rassistischen Schlagzeilen über Geflüchtete einen höheren Absatz bzw. höhere Einschaltquoten. Das gleiche würde aber auch für die Enttarnung kapitalistischer Verhältnisse gelten.

Die Entscheidung für die rassistische Stimmungsmache fällt auch hier bewusst. Das Ergebnis ist die Verschleierung der kapitalistischen Widersprüche und das Abblocken von Klassenkämpfen. Durch die ökonomische Integration Teile unserer Klasse und die Ideologie des Kapitals sind wir im Aufbau einer antikapitalistischen Bewegung gehemmt.

Egal welche Partei gerade in der bürgerlichen Demokratie am Drücker ist, es gibt immer Repression gegen fortschrittliche Bewegungen, die entweder (potentiell) das kapitalistische System oder die direkten Profitinteressen bzw. das ungestörte Leben einzelner Kapitalisten bedrohen. Wobei Repression alles umfasst, was direkt gegen den Aufbau der antikapitalistischen Bewegung gerichtet ist, sowohl der Knüppel, als auch die Medienkampagne. Also ist ein Zeitungsartikel gegen die radikale Linke und den G20-Protest gleichzeitig die Ausübung der ideologischen Hegemonie über unsere Klasse und wird zur Repression, weil er unsere Arbeit behindert. Die Repression geht momentan in erster Linie vom Staat aus. Polizeieinsätze zählen dazu, genauso wie die Desinformationskampagnen des Verfassungsschutz und der Bundeszentrale für politische Bildung über „Linksextremismus“. Der Staat ist aber nicht das einzige Mittel der Klassenherrschaft. Gerade bei den Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime und der Gruppe Freital ist unklar, wie viel faschistische Aktivität am Schreibtisch der Geheimdienste geplant wird, und wie viel von rassistischen Medienkampagnen „inspiriert“ und selbstorganisiert durchgeführt wird. Also: selbst wenn die in der bürgerlichen Demokratie die ideologische Hegemonie und die Integration unserer Klasse die Hauptsache ist, wird doch nichts geschenkt. Es wird nur versucht die Bewegungen mit Kompromissen abzuspeisen oder sie ins Leere laufen zu lassen, statt sie direkt zu zerschlagen. Wenn die Widersprüche und Konflikte sich nicht mehr integrieren lassen oder dieses Vorgehen einfach zu kompliziert wäre, dann kommt der Knüppel aus dem Sack.

Die Repression gegen die antimilitaristische „ohne mich“ Kampagne der 50er, die zum ersten Demonstrationstoten der BRD führte, die Angriffe und Medienhetze auf die Studentenbewegung der 60er, die Verfahren gegen die K-Gruppen der 70er, die ständigen Scharmützel mit den Autonomen und Umweltaktivisten der 80er zeigen das genauso deutlich wie die jüngere Geschichte der Gipfelproteste. Auch der „Aufstand der Anständigen“ Anfang der 2000er und die folgende Integration weiter Teile der antifaschistischen Bewegung in Staatsapparat und seine Stiftungen sind als direkte Repression zu verstehen.

Repression gibt es auch gegen spezifische Gruppen, die gerade besonders wichtig sind um eine „reaktionäre Integration“ in Abgrenzung zu anderen zu gewährleisten. Die Lager für Geflüchtete, die ständige Debatte um kriminelle Ausländer und das damit verbundene „Racial Profiling“, Hetze gegen Homosexuelle, gegen Moslems und Muslime, gegen Hartz 4-EmpfängerInnen, gegen „die faulen Griechen“ usw. haben das Ziel die „Kernbelegschaft“ des deutschen Kapitalismus zusammenzuschweißen.

Besondere Repression bekommen AktivistInnen ab, die den bürgerlichen Rahmen bewusst und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen verlassen.

Das können militante AntifaschistInnen sein, weil sie den Rahmen des bürgerlichen Gesetzes nicht akzeptieren, bzw. bei ihren Aktionen ein taktisches Verhältnis zu diesem Rahmen haben.

Das können AktivistInnen sein, die den Kapitalismus überwinden wollen und sich nicht in den Staatsapparat integrieren lassen wollen.

Dazu gehören auch „Terroristen“ wie die RAF, RAZ oder anarchistische Gruppen, die mit direkten Aktionen die Kämpfe ergänzen oder überhaupt erst welche entfachen wollen.



AUCH DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE HAT EINIGES ZU BIETEN

Faschismus

Die bürgerliche Demokratie kann aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in der Lage sein, die Interessen der kapitalistischen Klassenherrschaft durchzusetzen. Das kann den Grund haben, dass die ökonomische Integration nicht mehr machbar ist. Zur Erinnerung: In Deutschland verwenden die Kapitalisten einen Teil ihrer Profite, um höhere Löhne zu zahlen und für einen angeblichen „Wohlfahrtsstaat“. Das schränkt den Gewinn ein. Sollte das aus irgendeinem Grund, wie z.B. einer Wirtschaftskrise oder verstärkter Konkurrenz zu anderen Staaten, nicht mehr möglich sein, zerbricht die ökonomische Integration. Damit dann auch ein großer Teil der ideologischen Hegemonie, weil es nicht mehr möglich ist angenehme Nischen zu finden. Klar kannst du Abteilungsleiter werden, aber Luxus gibt's auch dafür nicht mehr. Ein anderer Grund kann das Anwachsen einer gesellschaftlichen Bewegung sein, die sich nicht mehr integrieren lässt und den Kapitalismus direkt angreift. In diesem Fall dankt die kapitalistische Klasse nicht einfach an, sondern reagiert mit brutaler Repression. Im Faschismus gibt es keinen Betriebsrat, keine „Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite“ im Aufsichtsrat, es gibt keine selbstorganisierten Bürgerinitiativen und erst recht keine autonomen Zentren. Aber genau wie die bürgerliche Demokratie auch die Repression kennt und der bürgerliche Staat auf faschistische Bewegungen zurückgreift, kann es im Faschismus auch einzelne Elemente der Integration geben.

Wir wollen diese Bedingungen nur am Beispiel der Arbeitsbedingungen veranschaulichen. Im dritten Reich waren die Betriebe nach dem „Führer-Prinzip“ organisiert, die Kapitalisten konnten die Löhne, Arbeitszeiten und alles sonstige per Dekret regeln. Arbeitskämpfe waren verboten und die Organisationen, die sie hätten führen können waren zerschlagen, die Funktionäre in den KZ's. Die Gewerkschaften wurden durch die Deutsche

Arbeitsfront ersetzt, in der ArbeiterInnen und Kapitalisten gemeinsam den Klassenkampf beerdigen und die Volksgemeinschaft aufbauen sollten. Trotzdem konnten u.a. KommunistInnen über diese Organisation gewisse Verbesserungen durchsetzen. Die Konsequenz war, dass im November 1933, ein halbes Jahr nach der Gründung die DAF in ihren Rechten eingeschränkt wurde.

Die Spitzen der Gewerkschaften haben zu dieser Zeit gezeigt, dass sie Teil der kapitalistischen Klassenherrschaft sind. Die Rolle, die sie in der bürgerlichen Demokratie gespielt hatten, wollten sie behalten und dafür die „Selbstverwaltungsorganisationen der Arbeiterschaft in den Dienst des neuen Staates“ stellen. Als die Nazis den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärten, riefen sie zur Teilnahme auf. Es half nichts, am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser gestürmt, GewerkschafterInnen ermordet und interniert und die Gewerkschaften zerschlagen. Der Faschismus braucht keine im Interesse der Kapitalisten geführten „Selbstverwaltungsorganisation“.

Der Faschismus kommt nicht ohne eine Bewegung aus, die ihn unterstützt. Das ist einer der Punkte, die den Faschismus von der Militärdiktatur unterscheidet und ihn im Vergleich stabiler macht. Die ideologische Hegemonie verschwindet also nicht einfach, sie verändert sich. Die Faschisten nehmen die jeweiligen in der Gesellschaft vorhandenen rassistischen, antisemitischen, homophoben, frauenfeindlichen Stimmungen und Ideen auf und basteln daraus ein einheitliches System.

In Deutschland wurde mit scheinbar antikapitalistischen Parolen gegen die „jüdischen Bonzen“ und „marxistische Völksschädlinge“ gehetzt. Gleichzeitig wurde der Unterschied zwischen „raffender“ und „schaffender“ Arbeit aufgemacht, der ebenfalls scheinbar die Kapitalisten angriff. Es war nötig an antikapitalistischen Ansätze anzuknüpfen, weil zu dieser Zeit sowohl die

sowohl die Kommunisten, als auch die Sozialdemokraten einen großen Einfluss entfalten konnten. Allein wegen dieser taktischen Überlegung hieß die Nazi-Partei „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ und übernahm auch das Auftreten der Arbeiterbewegung, wie z.B. die roten Armbinden.

Die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten war zu dieser Zeit aber fast ausschließlich durch KommunistInnen und SozialdemokratInnen organisiert und deshalb relativ wenig anfällig für faschistische Propaganda. Es waren vor allem die kleinen Kapitalisten, die sich vor den Karren spannen ließen. Das sogenannte Kleinbürgertum ist eine Zwischenklasse. Kleinbürger sind Leute mit einem eigenen Unternehmen (eigenen Produktionsmitteln), die unsere Klasse ausbeuten, aber selber arbeiten müssen. Auf der einen Seite stehen sie im Klassenwiderspruch mit unserer Klasse, auf der anderen Seite werden sie von den „echten“ Kapitalisten und ihren Großkonzernen gnadenlos niedergemacht. Das „Bauernsterben“, die Bäckerei-Ketten, der Untergang der „Tante Emma“-Läden und viele anderen Beispiele zeigen diese Entwicklung. Wenn jetzt also während einer Wirtschaftskrise, die die Kleinbürger ohne Umweg morgen schon in den Ruin treiben kann, jemand um die Ecke kommt, der die Lösung parat hat, schließt man sich gerne an.

Die nationalsozialistische Lösung entspricht scheinbar haargenau den Interessen der Kleinbürger, obwohl sie einzig und allein den Interessen der Großkapitalisten (vor allem in der Rüstungsindustrie!) nutzt. Das muss auch so sein, denn das ökonomische (und damit politische) Gewicht der Kleinbürger ist im Vergleich zu Rheinmetall, Krupp und Bayer minimal.

Auf diese Art und Weise sichert sich der faschistische Staat seine Massenbasis. Brutale Repression gegen alle die den Kapitalismus abschaffen wollen, aber auch gegen Leute, die einfach nur mehr Lohn wollen. Gleichzeitig wird der Charakter der ideologischen Hegemonie geändert, es gibt keine Integration mehr, der Lebensstandard der Werktätigen wird auf ein Minimum gesenkt. Es gibt keine private Nische mehr, keine Aufstiegschancen außerhalb des faschistischen Rahmens. Deshalb versucht man die Menschen anders einzufangen: In Abgrenzung zu „den Anderen“. Trotzdem ist der Faschismus auf gewisse Art anfällig: Es gibt keinen Kompromiss mehr. Oder einfach ausgedrückt: Wenn der Untermensch den Krieg gewinnt, ist die ideologische Grundlage vor aller Welt diskreditiert und verliert ihre Anziehung.

Aktuelle Entwicklungen der deutschen Politik

Im letzten Kapitel haben wir kurz die beiden Formen, zwischen denen sich die kapitalistische Klassenherrschaft in Deutschland wahrscheinlich bewegen wird, beschrieben: Die bürgerliche Demokratie und den Faschismus. Wir haben auch beschrieben, was für unsere Arbeit die wesentlichen Unterschiede sind: Ist die ideologische Hegemonie über die Gesellschaft die Hauptsache, oder die Repression? Und wie unterscheidet sich die ideologische Hegemonie in der bürgerlichen Demokratie von der im Faschismus? In der Realität finden wir immer Mischformen zwischen den Mechanismen der bürgerlichen Demokratie und des Faschismus.

Auf der einen Seite können heute viele Menschen ihre persönliche Nische finden und ganz zufrieden leben. Auf der anderen Seite wächst der Teil der Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten, der prekär beschäftigt ist, LeiharbeiterIn oder gleich arbeitslos ist. Wie sollen diese Menschen ökonomisch integriert werden? Garnicht. Stattdessen werden sie in Abgrenzung zu „den Anderen“ in ein herbeifantasierte Konstrukt des deutschen Volkes integriert. Hier ist egal ob du Kapitalist oder Ausbeuter bist, hauptsache du bist weiß und kein Moslem. Wir erleben gerade eine Zeit in der laut der liberalen Medien „die Werte unserer Gesellschaft infrage gestellt werden“. Das ist ein bisschen ironisch, weil auch im Deutschland von 2005 auf dem Rücken von wirtschaftlich ausgeplünderten Ländern gelebt und unsere Klasse ausgebeutet wurde. Tolle Werte. Aber es ändert sich tatsächlich was. Die ökonomische Integration wird weniger, dafür wird die rassistische Hetze gegen Moslems hochgefahren. Multi-Kulti ist zumindest in den Talkshowrunden und den Schlagzeilen der Bild-Zeitung endgültig gestorben.

Die einzelnen Aspekte solcher Veränderungen werden durch umfassende Debatten begleitet. Einige Beispiele dafür sind die Diskussionen darüber, wie zeitgemäß die „soziale Marktwirtschaft“ heute noch ist, über die Globalisierung als Zwang, über den Islamismus und die Flüchtlingsfrage, über die Notwendigkeit

„mehr Verantwortung in der Welt“ zu übernehmen.

Die Diskussionen gehen immer am Kern vorbei. Sie drehen sich nicht um die Frage, ob unsere Klasse durch die Veränderungen mehr oder weniger ausgebeutet wird, sondern um irgendwelche Hirngespinnste wie „Nafris“ oder „faule Griechen“. Das alles spielt sich immer noch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ab, die ideologische Hegemonie ist nach wie vor die Hauptseite. Wenn wir die Situation in Deutschland analysieren wollen, ist die Frage vor allem, wie es mit dem deutschen Kapitalismus steht. Die Antwort darauf fällt eindeutig aus: der deutsche Kapitalismus ist stabil, die kapitalistische Klasse beherrscht unsere Gesellschaft nach wie vor relativ entspannt. Die ideologische Hegemonie ist gesichert, die Repression gegen die radikale Linke ist größtenteils wirksam. Trotz der Selbstbeweihräucherung mancher links-radikalen Zusammenhänge, Organisationen und Parteien sind wir isoliert, in gesellschaftlichen Debatten nur selten zu hören und kein Gegner für die kapitalistische Klassenherrschaft. Warum also der Ausbau der Polizei, des Militärs, der Geheimdienste? Welche Funktion hat dann die AFD und die faschistische Bewegung? Die Niederschlagung einer antikapitalistischen Bewegung kann es jedenfalls nicht sein. Wir beginnen mit den Rahmenbedingungen, die die Politik der kapitalistischen Klasse in Deutschland hat.

Deutschlands neuer Platz an der Sonne

Das entscheidende Datum für den modernen deutschen Kapitalismus ist der 3. Oktober 1990. Mit der Wiedervereinigung und der Möglichkeit die DDR heim ins Reich zu holen, während gleichzeitig die Sowjetunion unterging und damit die Absatzmärkte Osteuropas offen standen, wurde Deutschland entscheidend ökonomisch gestärkt. Das führte, in Kombination mit dem Abbau der „sozialen Marktwirtschaft“ seit den 2000er Jahren zu einer massiven wirtschaftlichen Stärkung Deutschlands. Seit der Wirtschaftskrise von 2008 (aus der die deutschen Kapitalisten relativ unbeschadet rauskamen) ist der Führungsanspruch Deutschlands in der EU relativ unangefochten. Mit dem Brexit fällt Großbritannien als einer der Kräfte, die sich einer weitergehenden politischen Vereinheitlichung entgegengestellt haben, weg.

Aber die Vormachtstellung Deutschlands in Europa hat ihre Wurzeln schon vorher. Das durch den Marshall-Plan angestoßene „Wirtschaftswunder“ hat die Grundlage gelegt. Die EWG und spätere EU hat die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Kapitalisten der unterschiedlichen Mitgliedsstaaten bedeutend vorangebracht. Allerdings läuft so eine Verflechtung nicht einfach auf Augenhöhe ab. Ein Beispiel ist die Landwirtschaft. In Westdeutschland bildeten sich nach dem 2. Weltkrieg relativ schnell riesige Agrarkonzerne. Mit der Öffnung des „Binnenmarktes“ fegten diese die Konkurrenz einfach aus dem Weg. Unter anderem in Griechenland verloren tausende eigenständige Kleinbauern ihre Lebensgrundlage und wurden von den deutschen Konzernen geschluckt. Damit war die Landwirtschaft Griechenlands und Westdeutschlands „verflochten“. Diese Geschichte wiederholte sich in den unterschiedlichsten Wirtschaftszweigen. Zwangsläufig dominierten immer die

stärkeren Konzerne, in der Regel die Deutschen. Auf diese Art konnten die deutschen Kapitalisten sich soweit durchsetzen, dass sie sogar Regierungen in Ländern wie Griechenland oder Italien nach Belieben einsetzen und kontrollieren können. Beispiele dafür sind die Troika und die Debatte um die Regierungsbildung in Italien im Frühling 2018. Das Ergebnis ist deutlich: Die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten in den unterdrückten Ländern arbeitet für den Gewinn der deutschen Kapitalisten.

Ein Beispiel, bei dem zunächst (scheinbar) niemand den Kürzeren zieht, gab es erst letztes: die Rüstungskonzerne Krauss-Maffai und Nexter aus Deutschland und Frankreich fusionierten zum neuen Panzerbauer KDNS. Der neue Konzern soll in deutsch-französischer Kooperation den Nachfolgepanzer zum Leopard 2 bzw. Leclerc herstellen. Wenn wir uns die Beziehungen der französischen Regierung zur Deutschen spätestens seit Sarkozy anschauen, wird schnell klar, wer die politische Kontrolle über die fusionierte Rüstungsindustrie behält. In der ökonomischen Verflechtung und damit auch bei der Politischen, spielen französische Unternehmen in der Regel die Rolle des Juniorpartners.

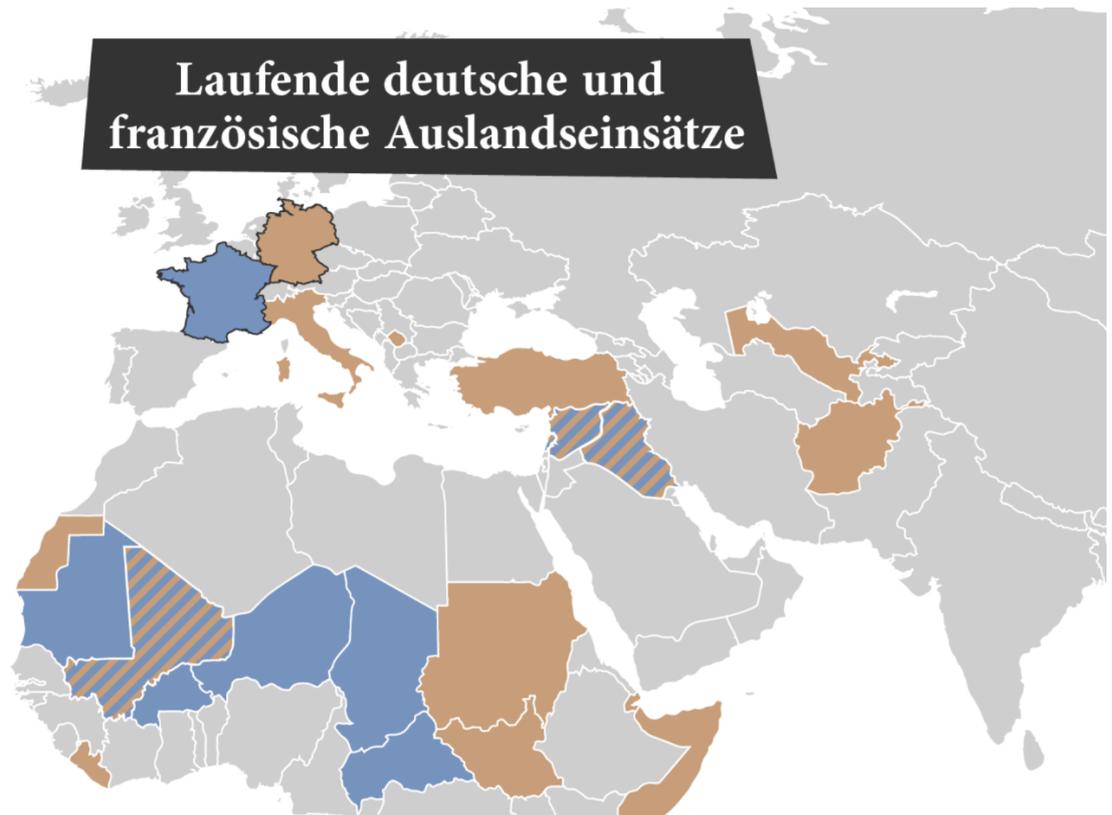
Das deutsche Kapital und der deutsche Staat treiben den Aufbau einer EU-Armee voran, die zwangsläufig unter der Führung Deutschlands stehen wird. Durch diese Armee wird Deutschland „mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“ können, also eine eigenständige Politik auf Weltebene in Konkurrenz zu Russland, China, aber auch den USA durchführen können. Schon heute stehen die Truppen mancher EU-Länder zum Teil unter deutschem Oberbefehl. Zwei Drittel der Niederländischen Einheiten stehen unter deutschem Kommando, die SPD schlägt unter anderem die „Einrichtung eines ständigen militärischen Hauptquartiers der EU mit allen Führungsgrundgebieten vor“.

Frankreich

Burkina Faso
Golf von Guinea
Indischer Ozean
Irak
Libanon
Mali
Mauretanien
Niger
Syrien
Tschad
Zentralafrik. Rep.

Deutschland

Afghanistan
Usbekistan
Horn von Afrika
Djibouti
Seychellen
Somalia
Irak
Kosovo
Liberia
Libanon
Mali
Mittelmeer
Italien
Somalia
Sudan
Südsudan
Syrien
Türkei
Westsahara



Dieses Ziel wird durch die Vereinheitlichung der Außen-, und Sicherheitspolitik ergänzt. „Ein erster Schritt dahin ist eine gemeinsame Analyse unseres strategischen Umfelds und ein gemeinsames Verständnis unserer Sicherheitsinteressen.“ heißt es in der deutsch-französischen Erklärung „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“.

Außerdem soll sich die EU „auf einsatzfähige Streitkräfte mit hohem Bereitschaftsgrad verlassen können“ und „eine dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich einrichten können oder mit einzelnen Operationen vorangehen“. Um dem Führungsanspruch gerecht zu werden,

muss der deutsche Staat auch sein eigenes Militär ausbauen. Zum ersten mal seit 1990 wird die Bundeswehr personell aufgestockt. Bis 2020 soll der Militärhaushalt auf 39,2 Milliarden Euro erhöht werden, geplant sind außerdem Aufrüstungsmaßnahmen „außer der Reihe“ in Höhe von 130 Milliarden Euro. Wir können davon ausgehen, dass die deutschen Kapitalisten die Möglichkeiten, die sich bieten, nutzen werden. Sie werden versuchen eine eigene imperialistische Politik, in Konkurrenz zu den USA, Russland und China durchzuführen. Die Basis dafür ist ökonomisch und militärisch die EU. Zuletzt hat der aktuelle Außenminister Heiko Maas diese Ausrichtung auf dem Punkt gebracht:

„Diesen Weg hat die Bundesregierung eingeschlagen. Die Kehrtwende bei den Verteidigungsausgaben ist Realität. Jetzt kommt es darauf an, Schritt für Schritt eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion aufzubauen – als Bestandteil der transatlantischen Sicherheitsordnung und als eigenes europäisches Zukunftsprojekt. Erst mit dieser Perspektive ergibt die Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit Sinn.“
- Heiko Maas, deutscher Außenminister, Im Handelsblatt

Autoritäre Formierung im Staatsapparat

Der deutsche Staat baut neben der Armee auch seine Repressionsapparat aus. Das geschieht vorbeugend. Aktuell gibt es keine antikapitalistische oder gar revolutionäre Bewegung, die der kapitalistischen Klassenherrschaft auch nur im Ansatz gefährlich werden könnte. Die aktuelle und zukünftige Politik der BRD fordert das Entstehen von starken Bewegungen geradezu heraus. Wir müssen uns darauf einstellen, dass in Zukunft (nicht morgen) bedeutende Teile unserer Klasse immer schneller verarmen, dass die BRD Angriffskriege führen wird und das es in europäischen Ländern zu bedeutenden Aufständen kommen kann.

Diese Zuspitzung der Widersprüche kann zu einer Wiederauferstehung der ArbeiterInnenbewegung, der Friedensbewegung, der internationalen Solidarität auf Massenbasis führen. Die kapitalistische Klasse ist sich dessen bewusst und bereitet sich vor. Gleichzeitig führt die Vorbereitung der neuen imperialistischen Politik also zu einem Anwachsen der antifaschistischen und antiimperialistischen Bewegung. Was passiert konkret? Die gesetzlichen Grundlagen für stärkere Repression werden gelegt, während gleichzeitig der Repressionsapparat ausgebaut wird.

In NRW hat das Bündnis „Nein! Zum neuen Polizeigesetz NRW“ die Pläne der Landesregierung zusammengefasst:

„Das neue Polizeigesetz ermöglicht es, Menschen auch ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen, bis zu einen Monat in Präventivgewahrsam zu nehmen oder mit Hausarrest zu belegen. Sie soll Smartphones hacken dürfen, um Messenger wie WhatsApp mitzulesen – nicht nur von vermeintlich verdächtigen Personen, sondern auch in deren sozialem Umfeld. Zudem wird auch die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ausgeweitet.“

Kern des neuen Polizeigesetzes ist die Einführung des Rechtsbegriffes der „drohenden Gefahr“. Durch die „drohende Gefahr“, also die bloße Vermutung einer Gefahr, wird die Polizeitätigkeit vorverlagert in einen Bereich, in dem noch gar keine konkrete Gefahr droht.“

Die rechtlichen Grundlagen der Repression werden verändert und ausgebaut. Gleichzeitig wird die Polizei logistisch und militärisch aufgerüstet. Neben den bekannten BFE-Einheiten der Bundespolizei wurden in letzter Zeit BFE+ Einheiten aufgebaut, die zusammen mit den Sondereinsatzkräften der GSG 9 trainieren und auch eine ähnliche Ausstattung haben.

In manchen Bundesländern gibt es Diskussionen über die Einführung von Sturmgewehren für Polizeistreifen, in Sachsen werden neue Polizeipanzer angeschafft usw. Die Liste lässt sich lang fortsetzen. Die neue Ausstattung, neue Polizeitaktiken und das Zusammenspiel von Sondereinsatzkommandos und militarisierter Bundespolizei wurden unter anderem in Hamburg beim G20-Gipfel ausprobiert.

Bundesländern gibt es Diskussionen über die Einführung von Sturmgewehren für Polizeistreifen, in Sachsen werden neue Polizeipanzer angeschafft usw. Die Liste lässt sich lang fortsetzen. Die neue Ausstattung, neue Polizeitaktiken und das Zusammenspiel von Sondereinsatzkommandos und militarisierter Bundespolizei wurden unter anderem in Hamburg beim G20-Gipfel ausprobiert.

Als Ergänzung zu der staatlichen Repression werden schon seit langem faschistische Banden aufgebaut bzw. logistisch und finanziell unterstützt. Am ausgeprägtesten passiert das in Ostdeutschland. Hier ist z.B. im Fall des „Thüringer Heimatschutz“ deutlich, wie der Staat und seine Geheimdienste



vorgehen. Auch die Tolerierung der faschistischen Konzerte in Thüringen durch die (von der Linkspartei) geführten Landesregierung ist ein Teil davon. Aber auch in Westdeutschland, beispielsweise in Dortmund, spielen die Polizei und der Verfassungsschutz eine große Rolle für den Erfolg der Partei „die Rechte“. Die Faschisten spielen dabei die Rolle einer Eingreiftruppe, die potentiell gegen linksradikale Bewegungen vorgehen kann, ohne das der bürgerliche Staat direkt damit in Verbindung gebracht werden kann. Sie ergänzen also die bürgerliche Demokratie in ihren Repressionsmöglichkeiten.

Diese durch und durch militanten Faschisten machen aber nur einen relativ kleinen Teil der rechten Bewegung aus. Die Verschärfung der Gesetze, die Aufrüstung der Polizei und die direkte und indirekte Unterstützung von militanten Faschisten spielt sich weitgehend ohne die AFD ab. Natürlich hilft rechte Stimmungsmache bei diesen Zielen, aber alle Maßnahmen wurden durch typische bürgerliche Parteien durchgesetzt (auch die Linkspartei kann sich nicht komplett freisprechen).

Die „neue Rechte“

Es gibt ein ganzes Netzwerk von Konservativen bis hin zu offenen Faschisten, die den Rechtsruck in der Gesellschaft vorantreiben. Diskussionen über Themen wie die Wohnungsnot, Hartz 4, Polizeigewalt, Klimawandel usw. werden ersetzt und verdrängt durch hysterische Debatten über Geflüchtete, angebliche nordafrikanische Intensivtäter, und den Islam. Sogar das Patriarchat wird aus Deutschland in den Nahen Osten und nach Afrika verlegt. Angeblich durch Immigration steigende Vergewaltigungszahlen sprechen den deutschen Bürger frei von sexuellem Missbrauch, häuslicher Gewalt und Vergewaltigung. Die treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung sind die AFD, die CSU und unterschiedliche Thinktanks wie die „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ oder die „August von Hayek Stiftung“, aus der sich große Teile der AFD-Spitze rekrutieren. Ergänzt wird das ganze durch rechte Publikationen wie die Junge Freiheit und Compact. Die von diesen Leuten abfällig als „System-“ und „Lügenpresse“ bezeichneten Medien lassen sich genauso wie die bürgerlichen Parteien zum großen Teil bereitwillig vor sich hertreiben und gewähren den rechten Hetzern den öffentlichen Raum. Die neue rechte Bewegung nutzt vor allem drei Aufhänger um sich zu verankern:

1. Die Hetze gegen Geflüchtete und andere muslimische Migranten. Rassismus ist und war in der deutschen Gesellschaft immer weit verbreitet, bietet also einen einfachen Anknüpfungspunkt, gerade wenn viele Menschen immigrieren. Dieser Rassismus hat aber auch eine reale Grundlage: Die Masse der weißen Arbeiter und Migranten kommt in der Leiharbeit und in den unteren Produktionsberufen zusammen. Dort konkurrieren sie tatsächlich um Jobs. Die Deutschen natürlich auch untereinander, aber die nationale Identifikation und der Rassismus trennen hier die Lager. Das ist eine der Stellen, an der sich der Rassismus wie von selbst

reproduziert. Ideales Gebiet für Faschisten.

Das ist nur möglich geworden durch die fehlende Organisation unserer Klasse, der fehlenden gemeinsamen Kultur und den steigenden ökonomischen Druck. Die DGB-Gewerkschaften müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, durch ihre jahrelange Politik der Sozialpartnerschaft für den Aufstieg der Rechten mitverantwortlich zu sein. Dazu gehört auch ihre Konzentrierung auf die Stammbesitzungen der Großkonzerne und die Vernachlässigung der deutschen und migrantischen Teile der Klasse in Leiharbeit und anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Nicht umsonst haben rechte Betriebsratslisten Erfolge bei den Wahlen und nicht umsonst wählen überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder die AFD.

Der Rassismus hat sein Gesicht verändert. Er ist jetzt europäisch statt deutsch und argumentiert mit Kulturräumen¹. Das entspricht genau dem Projekt EU. Der Europäische Kontinent wird unter deutscher Vorherrschaft vereint und wendet sich den nächsten imperialistischen Zielen zu. Der Rassismus gegen Nordafrikaner und Araber nimmt im gleichen Maß wie das „Engagement“ von Frankreich und Deutschland in Mali und dem Nahen Osten zu.

2. Die Forderung „unsere deutschen Frauen“ gegen die frauenverachtenden Sexualstraftäter aus dem Flüchtlingsheim zu verteidigen. Das wird durch die Forderung ergänzt dem steigenden Anteil von Migranten in der deutschen Gesellschaft, durch mehr biodeutsche Geburten entgegenzusteuern. Die Frau dann selbstverständlich in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter von 5 Kindern. Es ist an sich schon reaktionär Frauen die Möglichkeit der Selbstbestimmung abzusprechen.

Was wir brauchen ist Empowerment der Frauen und nicht den die deutsche Rasse und die deutschen Mütter beschützenden Helden. Hier wird außerdem die deutsche Gesellschaft von der Unterdrückung der Frau freigesprochen. Sexueller Missbrauch, Vergewaltigung, Bevormundung und ökonomische Abhängigkeit fälschlicherweise zum importierten Problem erklärt. Ironisch dabei ist, dass der US-amerikanische und auch der deutsche Staat jahrelang islamistische Organisationen in Konkurrenz zu fortschrittlichen Bewegungen im Nahen Osten aufgebaut haben. Deren Ideologie hat einen gewissen Einfluss entfalten können, der jetzt wiederum aufgegriffen wird um ganze Bevölkerungsgruppen zu verdammen.

3. Die Korruption der „links-grün versifften Eliten“. Die Politiker der bürgerlichen Parteien im Bundestag und den Landtagen, die Rundfunkräte der öffentlich-rechtlichen Sender, die Vorsitzenden der großen NGO's, das Personal der parteinahen Stiftungen und eigentlich alle die mit dem Staat in seiner jetzigen Form in Kontakt sind, werden in der Propaganda der rechten und faschistischen Bewegung als korrupt angeklagt. Das Problem ist: Es stimmt. Die „Politikverdrossenheit“ weiter Teile der Bevölkerung hat ihren Grund. Auch die ... Bundestagswahl hat in der BRD nichts grundlegendes verändert. Die Ursache dafür ist aber nicht die Korruption einzelner Politiker oder gar eine „jüdische Weltverschwörung“. Die Korruption der Politiker in der bürgerlichen Demokratie hat System.

Stiftungen von Kapitalisten, Lobbyverbände und „unabhängige Berater“ nehmen ein ganzes Stadtviertel von Berlin in Beschlag. Die AFD ist genauso korrupt wie alle anderen bürgerlichen Parteien, sie ist genauso eine Partei der kapitalistischen Klasse wie alle anderen. Ihre Führungspersonen kommen aus Neoliberalen Thinktanks, der SPD und CDU, saufen Champagner auf Kosten des EU-Haushalts, hinterziehen Steuergelder und gründen parteinahe Stiftungen. Trotzdem schafft es die AFD teilweise, sich als Protestpartei zu inszenieren. Das ist unter anderem möglich geworden, weil die Linkspartei über Jahre ihre Versprechen nicht eingehalten hat. In Berlin privatisierte die rot-rot-grüne Regierung die Wasserversorgung, In Brandenburg hat die rot-rote Regierung das Milliardengrab des Flughafens BER mitgetragen, in Thüringen wird weiter munter abgeschoben und der Verfassungsschutz wurde trotz NSU-Skandal nicht aufgelöst. Die Linkspartei hat es nicht geschafft ihren ehemaligen Status als Protestpartei zu nutzen, um eine wirkungsvolle fortschrittliche Bewegung aufzubauen. Jetzt stellt sich für die Linkspartei die Frage: Wagenknecht und eine „neue linke Sammlungsbewegung“ mit rassistischen Akzenten oder Kipping und als eigenständige Partei eine rot-rot-grüne Regierung versuchen.

Die Agenda der kapitalistischen Klasse

Wenn wir davon sprechen was für Ziele die deutsche kapitalistische Klasse unserer Meinung nach verfolgt gehen wir von einem relativ einheitlichem Willen aus. Die Vorstellung, dass die Kapitalisten auf dem Bilderberg-Kongress die neue Weltordnung bestimmen und sich alle einig sind, ist allerdings genauso absurd wie die Idee das G20-Gipfel den Weltfrieden bringen würden. Innerhalb der kapitalistischen Klasse gibt es eine ganze Reihe von Akteuren mit unterschiedlichem Gewicht. Die Interessenvertretungen des Krupp-Tata Konzerns oder von Bayer-Monsanto werden die Politik der Bundesrepublik stärker prägen als Haribo. Die Interessen der Kapitalisten widersprechen sich auch. Während einige mit russischen Unternehmen stärker verflochten sind, haben andere eine engere Anbindung an die USA und wieder Andere nur an die EU. Allein aus diesem einen Punkt resultieren schon die unterschiedlichsten Zielsetzungen. Welche Linie sich am Ende durchsetzt ist das Ergebnis eines ständigen Machtkampfs, eine Frage der Platzierung von Geldern, von Personal und der Prägung der „öffentlichen Meinung“. Am Ende steht eine Tendenz die sich in der Politik der BRD widerspiegelt, aber auch hier nicht unumstritten ist. Die unterschiedlichen Parteien entsprechen wiederum teilweise den unterschiedlichen Interessen der Kapitalisten. Beispielsweise vertreten die Grünen eher die Beibehaltung des Status Quo mit sozialer Marktwirtschaft und „Multi-Kulti“, während die CSU die Agenda der AFD im wesentlichen mitträgt. Dieser Pluralismus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist nicht geeignet den Kapitalismus zu stürzen, sondern stabilisiert das System. Es gibt also keine Verschwörung, sondern knallharte Interessenspolitik. Das Ergebnis zeigt uns die aktuelle Regierung. Das ist die aktuelle Lage. Im Faschismus werden Interessenskonflikte zwischen den Kapitalisten anders gelöst. Enteignung und Verstaatlichung von Konkurrenten waren das Mittel der Wahl für die einflussreichsten Kapitalisten in der NS-Zeit. Diese wurden dann zu Staatssekretären, Ministern usw., sodass sie die verstaatlichten Unternehmen direkt kontrollieren konnten.

Die "nationale Internationale"

Natürlich haben die Parteien der europäischen „neuen Rechten“ Verbindungen untereinander. Das ist aufgrund der Ideologie der Kulturräume auch nicht weiter verwunderlich. Es wäre aber trotz aller Parallelen falsch die AFD und die Lega Nord über einen Kamm zu scheren. Die Bedingungen der Politik sind grundverschieden. Die AFD hätte aktuell aufgrund der ökonomischen Stärke Deutschlands z.B. durchaus die Möglichkeit, ihre Wähler aus den unteren weißen Teilen der Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten oder RentnerInnen mit Steuervergünstigungen u.ä. an sich zu binden. In Griechenland, Italien oder Spanien wäre das wegen der deutschen Hegemonie undenkbar.



PEGIDA IN AKTION

Die Agenda ist eindeutig. Es geht darum enttäuschte Teile der Klasse der Arbeiter und Angestellten über den Flair der Protestpartei in die bürgerliche Demokratie zu (re)integrieren, die Klasse rassistisch zu spalten und gegen die bürgerliche Frauenbewegung anzugehen, während gleichzeitig die radikale Linke und die klassischen Anlaufstellen der Klasse (Gewerkschaften etc.) diskreditiert werden. Die Faschisierung der Gesellschaft und der autoritäre Umbau des Staates sind das Projekt großer Teile der kapitalistischen Klasse. Die bürgerlichen Parteien von Linkspartei bis CSU beschließen nicht nur reaktionäre Gesetze, sie treiben auch die Faschisierung aktiv voran. Sprüche wie „wir sind nicht das Sozialamt der Welt“, das Schwadronieren über die neue „Achse München, Wien, Budapest“ zur Geflüchtetenabwehr, die Diskussionen der Grünen darüber, wie der Heimatbegriff neu besetzt werden kann und die „Entgleisungen“ von Sahra Wagenknecht sind nur ein kleiner Teil der Diskursverschiebung nach rechts durch die bürgerlichen Parteien. Das direkte Zusammenspiel zwischen der „autoritären Formierung“ im Staatsapparat und der neuen rechten Bewegung wird immer deutlicher. Bayern bedient die Flüchtlingshysterie und führt den Grenzschutz wieder ein, der Verfassungsschutz diskutiert mit der AFD über mögliche Spitzel, die AFD bekommt Tipps, wie sie sich rechtlich vor Überwachung schützen kann, in Sachsen marschieren Angestellte des LKA bei Pegida und behindern Pressearbeit, in Chemnitz tobt der rechte Mob und kann unter den Augen der „unterbesetzten“ Polizei MigrantInnen jagen.

Auch andere, direktere Sprecher von Teilen der herrschenden Klasse, wie der Springer-Verlag oder die Bertelsmann-Stiftung geben den rechten Raum. Das Ergebnis ist: Der deutsche Staat baut sein Militär und seinen Repressionsapparat aus. Gleichzeitig versucht die AFD im Bündnis mit bürgerlichen Politikern eine rechte Massenbewegung auf die Beine zu stellen. Beide Dynamiken spielen zusammen: Der Charakter der ideologischen Hegemonie wird verändert, um der schwindenden Integration zu begegnen und Potentiale für antikapitalistische oder gar revolutionäre Bewegungen zu blockieren. Vorbeugend werden die Möglichkeiten zur Repression ausgebaut und ausprobiert, was wiederum den Anschein der „freiheitlich-demokratischen“ Grundordnung schwinden lässt. Die AFD und die Bewegung der „neuen Rechten“ ist der deutlichste Ausdruck dieser Veränderungen. Die AFD ist weder rein faschistisch, noch ausschließlich auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie. Das Projekt AFD als ganzes ist momentan nicht darauf angelegt morgen den Faschismus in Deutschland einzuführen (Was nicht heißt, dass sich das nicht ändern kann). Das Ziel ist eine dynamische Verbindung zwischen bürgerlichen Law and Order Politikern und der faschistischen Bewegung, um den Kurswechsel in Deutschland voranzutreiben. Vielleicht ist aus dieser Perspektive der Begriff der „neuen Rechten“ der Richtige.

Antifaschistische Aktion aufbauen!

Die radikale Linke in Deutschland steht aktuell vor zwei großen Problemen. Auf der einen Seite sind langfristige linksradikale Projekte rar gesät. Viele Organisationen und Gruppen existieren gar nicht lange genug, um eine in der Bevölkerung verankerte Praxis zu entfalten. Viele Organisationen die lange genug bestehen um Praxis zu entwickeln machen politische Arbeit ohne Ziel, ohne konsequenten antikapitalistischen Anspruch. Viele sehr langlebige Organisationen vertreten eine „reine Lehre“ und sind zwar stabil, aber gesellschaftlich völlig unbedeutend. Auf der anderen Seite werden linksradikale Projekte, egal ob sie vielversprechend sind oder nicht, von der Repression des Staates, von ideologischen Kampagnen und faschistischen Angriffen bedroht und manchmal ganz zerschlagen. Daraus, und der Analyse der drei vorhergehenden Kapitel, leitet sich unser Konzept einer antifaschistischen Organisation ab.

Wenn wir es mit unserem Anspruch – die Überwindung der Kapitalismus – ernst meinen, dann müssen wir uns über mehrere Dinge im Klaren sein.

- Es gibt die Herrschaft der kapitalistischen Klasse. Sie äußert sich einerseits in der Repression, andererseits in der ideologischen Hegemonie über die Gesellschaft im Allgemeinen. Wir müssen also gegen beide Facetten ankämpfen. Dabei darf die Frage „bürgerliche Demokratie oder Faschismus“ für uns nur taktische Bedeutung haben, denn wo es Kapitalismus gibt, besteht immer die Möglichkeit des Faschismus. Ob die kapitalistische Klasse vor allem mit Repression herrscht, oder mit der ideologischen Hegemonie, ist flexibel. Es hängt von den Zielen der Kapitalisten und der Stärke der oppositionellen, antikapitalistischen oder sogar revolutionären Bewegung ab.
- Die Situation in Deutschland wird sich in nächster Zeit tendenziell verschlimmern. Der ökonomische Druck auf die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten wird steigen, die imperialistische Politik der herrschenden Klasse wird aggressiver, die Kriegsgefahr wird steigen. Die ideologische Hegemonie in ihrer aktuellen Form

(Sozialpartnerschaft, Aufstiegsträume, Menschenrechte) wird weiter Risse bekommen und zunehmend durch reaktionäre Komponenten ergänzt (Rassismus, Antifeminismus, Neoliberalismus).

- Der Sturz des Kapitalismus wird nicht möglich sein, wenn wir nur antifaschistisch aktiv sind. Wir müssen uns also als Teil einer Gesamtbewegung verstehen, die gegen alle Missstände des Kapitalismus vorgeht. Die Umwelt-, Frauen-, Gewerkschafts-, Mieter-, Jugend-, internationalistische-, und alle anderen Bewegungen sind Teil davon und müssen verbunden werden, um eine reale Perspektive bieten zu können. Diese Perspektive besteht darin unserer Klasse eine schlagkräftige revolutionäre Organisation aufzubauen.

Die Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sollte sein, den Kräften die den Kapitalismus überwinden wollen und allen anderen fortschrittlichen Kräften „den Rücken freizuhalten“. Sie vor der Repression des Staates und vor Angriffen von Nazis zu schützen und die Grundbedingungen für den Erfolg zu legen: Die reaktionären Kräfte vor unserer Klasse als Alternative zu diskreditieren.

Unser Konzept schließt also mehr ein als das der „autonomen Antifa“, was aber nicht heißt, dass die gezielte Bekämpfung von militanten Faschisten vernachlässigt werden darf. Unser Konzept schließt weniger ein als das Konzept der „revolutionären Antifaschisten“, weil wir nicht der Meinung sind, mit der antifaschistischen Bewegung den Kapitalismus stürzen zu können. Wir legen den Schwerpunkt auf die Wechselwirkung der unterschiedlichen Bewegungen und definieren darüber unsere Ziele.

Was bedeutet das konkret? Wir brauchen eine militante Organisation, die in der Lage ist, sowohl die politische Widerstandsbewegung, ihre Orte und Demonstrationen, als auch unsere Klasse vor allen möglichen Angriffen zu verteidigen. Das bedeutet auch, mit Blick auf die Kräfteverhältnisse,

in begrenzte Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat zu gehen und die Repressionsschläge auszuhalten. Unsere Aufgabe ist also vor allem defensiv, was aber Angriffe gegen faschistische Strukturen nicht ausschließt.

Wir brauchen eine antifaschistische Organisation, die, trotz aller Sicherheitsmaßnahmen, in der Lage ist öffentlich aufzutreten. Das Ziel muss sein Menschen aus der Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten und AktivistInnen und aus der politischen Widerstandsbewegung auf einem bestimmten Konsens fest zu organisieren. Für uns gibt es drei wesentliche Punkte. (Was auch heißt, dass nicht alle Thesen unseres Diskussionsbeitrags geteilt werden müssen, um sich mit uns zusammen zu organisieren)

1 Antikapitalistische Einstellung. Wie wir oben schon erwähnt haben, wollen wir eine Bewegung aufbauen, bzw. dort anknüpfen wo sie schon vorhanden ist, die sich insgesamt gegen das kapitalistische System richtet. Wir wollen den Faschismus nicht als Symptom der kapitalistischen Gesellschaft bekämpfen, sondern die Grundlage für sein Entstehen.

2 Gegen die bürgerliche Klassenherrschaft. Es ist nicht entscheidend, dass die marxistische Klassenanalyse vollständig anerkannt wird. Es geht uns darum, dass wir die direkten Gegner im Kampf gegen den Kapitalismus, die Repressionsbehörden des bürgerlichen Staates und die Faschisten, genauso wie die bürgerliche Ideologie, bekämpfen. Damit wollen wir Spielräume für die antikapitalistische Bewegung erkämpfen. Das beinhaltet auch die Schaffung einer eigenen fortschrittlichen Kultur. Kurz: Wir wollen eine Gegenmacht gegen das bürgerliche System aufbauen.

3 Feste Organisation. Um uns gegen die Repression der kapitalistischen Klassenherrschaft wehren zu können, müssen wir uns verdeckt organisieren. Das bedeutet, dass unsere Strukturen nicht aller Welt bekannt sind, dass nicht alle Mitglieder offen auftreten, dass die Kommunikation und die Arbeitsweise immer auf dem neuesten Stand der Sicherheitstechnik ist usw. Dadurch sind lockere Mitgliedschaften ausgeschlossen. Feste Organisation ist auch aus anderen Gründen notwendig. Einerseits werden wir dadurch deutlich effizienter, andererseits kann das ganze Projekt dadurch erst langfristig Erfolg haben. Wer sich bei uns organisiert und noch in anderen Organisationen Mitglied ist, muss beide Sachen unter einen Hut bringen – zum Nutzen der antifaschistischen Organisation.

Wie soll das jetzt alles in der Praxis aussehen? Wir müssen die AFD angreifen, ihre neoliberale Politik enttarnen, ihre frauenfeindliche Einstellung offenlegen, ihre Lügen über Migration und Flüchtlinge kontern, ein Klima schaffen, in dem sie ihre Arbeit nicht entfalten kann. Wir müssen die organisierten militanten Faschisten bekämpfen. Wir müssen die bürgerlichen Parteien für ihre Politik anklagen, für die Verschärfungen der Gesetze und den Ausbau des Repressionsapparates, für die Unterstützung des Rechtsrucks. Wir müssen den Zusammenhang zu den Zielen der herrschenden Klasse aufzeigen. Wenn wir gegen die faschistische Bewegung und den allgemeinen Rechtsruck anstinken wollen, dann geht das nicht, ohne die Bevölkerung zu organisieren. Viele Beispiele aus der jüngeren Geschichte der radikalen Linken zeigen, wie aus Misserfolg und Resignation Hass auf die Bevölkerung im allgemeinen und die lohnabhängige Klasse im besonderen werden kann. Wir werden hier nicht darauf eingehen, was die Gründe für die lange Reihe von Misserfolgen der radikalen Linken in Deutschland sein könnten, sondern bleiben bei unserer Forderung stehen: Wir müssen die Bevölkerung und besonders die Klasse der ArbeiterInnen und Angestellten organisieren, in unsere Aktivitäten einbeziehen und an die fortschrittlichen Gedanken in jedem Kopf anknüpfen.

Der Rechtsruck in weiten Teilen der Bevölkerung und die relativ geringe Akzeptanz für Inhalte der radikalen Linken, geht abgesehen von unserer eigenen Unfähigkeit darauf zurück, dass auch die Faschisten, auch die Konservativen, auch die SPD Massenarbeit machen. Das es trotzdem möglich ist, den Rechten ihre Potentiale von links zu entziehen, zeigen unterschiedliche Parteien in der EU. Dort wo es linke Alternativen gibt, bzw. Sozialdemokraten wenigstens auf dem Papier sozialdemokratische Politik machen, ist es möglich den Rechten und Faschisten Paroli zu bieten, auch indem „klassische Arbeitermilieus“ wieder zurückgewonnen werden.

Beispiele dafür sind Podemos in Spanien, Syriza in Griechenland, die Labour-Party von Corbyn in Großbritannien, und Melenchon in Frankreich.

Eine offene Frage ist die Bündnisstrategie. Wie können wir als Organisation der radikalen Linken unsere Anliegen in eine breitere Öffentlichkeit tragen, obwohl wir relativ isoliert sind? Wie können wir z.B. in einem Bündnis arbeiten, dass sich zwar gegen einen faschistischen Aufmarsch richtet, aber in dem die SPD Mitglied ist?

Wie können wir unsere Positionen an die Bevölkerung bringen, ohne im bürgerlichen Kompromiss unterzugehen? Eine Antwort darauf kann sein über die tatsächlich vorhandene Mobilisierungskraft der radikalen Linken in diesem Bereich Druck aufzubauen. Das setzt allerdings mindestens Diskussionsbereitschaft über gemeinsame Ziele voraus.

Natürlich bieten diese Bewegungen keine langfristige Perspektive, da sie letztendlich auf dem Boden des Kapitalismus bleiben. Aber sie zeigen die Möglichkeit mit einer auch nur halbwegs richtigen Politik, mit einem teilweise antikapitalistischen, sogar revolutionären Auftreten den Faschisten die Basis zu entziehen. Auch die deutsche Geschichte zeigt, dass eine lohnabhängige Klasse, die sich ihrer Interessen bewusst ist und bis zu einem gewissen Grad progressiv organisiert ist, gegen faschistische Einflüsse relativ immun ist. Das diese Situation in Deutschland nicht vorhanden ist, liegt an unserer Schwäche und an der fatalen Politik der Reformisten in Gewerkschaften und Linkspartei.

Um die Bevölkerung gegen die Faschisten zu organisieren, sind unserer Meinung nach zwei Punkte besonders wichtig:

1 **Anlaufpunkte schaffen.** Wir müssen schlicht und einfach sichtbar sein, uns nicht auf Subkulturen oder die linke Szene beschränken. Der antifaschistische Kampf ist im Interesse unserer Klasse, warum sollten wir uns vor ihr verstecken? Auch wenn wir unsere Strukturen verbergen müssen, können wir trotzdem öffentlichkeitswirksame Aktionen machen. Anlaufpunkte können schlicht offene Treffen zu den jeweiligen Kampagnen sein, wo jeder seine Vorstellungen einbringen kann. Vortragsreihen über unsere Themen zu denen offen eingeladen wird sind zwar weniger „Mitmach-Events“, aber helfen unsere Politik zu vermitteln. Auch hier gilt: Wir sind Teil einer Gesamtbewegung, also müssen wir versuchen gemeinsame Anlaufstellen zu schaffen. Ein linkes Zentrum, ein Stadtteilladen oder irgendein selbstorganisierter fester Rahmen würde dieses Ziel erfüllen.

2 **Selbstorganisation vorantreiben.** Viele Menschen hassen „die da oben“, die Politiker, ihre Chefs und Vermieter. Viele Menschen meckern zuhause bei der Tagesschau über die steigenden Miete, die unrealistisch berechnete Inflation und die rassistische CSU. Aber die Konsequenz bleibt aus. Wir müssen den Unzufriedenen in dieser Gesellschaft aufzeigen, dass sie Erfolge haben können, wenn sie sich unabhängig organisieren. In unserem Fall kann das z.B. heißen, bei faschistischen Angriffen nicht die Polizei zu rufen, sondern das Problem selbst in die Hand zu nehmen. Im Endeffekt stellen wir damit das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staats in Frage. Das setzt natürlich auch voraus, dass wir Berührungsängste hinter uns lassen müssen. Natürlich können sexistische Jugendgangs gegen Faschisten aktiv werden. Wenn wir den Anspruch haben diese Gesellschaft zu verändern, dann müssen wir den Kampf um die Köpfe aufnehmen. Wie soll das gehen, ohne direkten Kontakt und Zusammenarbeit mit den Leuten?

Das ist, was wir brauchen: Einen Kern von Antifaschisten mit einer antikapitalistischen Perspektive, die Antifaschismus nicht nur auf Nazis beziehen, sondern auf die kapitalistische Klassenherrschaft im Allgemeinen. Deren Aufgabe es ist, die radikale Linke vor Angriffen von Faschisten und des Staates zu schützen und die ihren Teil dazu beiträgt eine Gegenmacht aufzubauen. Die sich nicht in ihren Plenumsräumen und autonomen Zentren verkriechen, sondern mit ihren Standpunkten in die Öffentlichkeit geht. Nur so und nur im Zusammenhang mit den anderen Teilen der politischen Widerstandsbewegung werden wir Erfolg haben.

